Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfg.
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 24. März 1926 — Nummer 70

Politischer Bankrott

Von Paul Böttcher.

„Wer von Ihnen zweifeln sollte, ob denn nun die Beschlüsse auch zur Ausführung gelangen, den bitte ich, doch zu bedenken, daß wir dem Wort von Männern, das von uns Genossen in der ernstesten Stunde, in der sich die Partei befindet, feierlich gegeben worden ist, und das ich vor dem gesamten Landesparteitag wiederhole, zu glauben haben . . . Deshalb, Parteigenossen, vergessen Sie, was hinter Ihnen liegt und **kommen Sie mit Vertrauen dem Genossen entgegen**, damit wir nunmehr als geschlossenes Ganzes aufmarschieren können zur Wahlschlacht, die uns bevorsteht . . .

Die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, werden der Weg sein, um zur Vereinigung des Konflikts zu kommen. Mit diesem Landesparteitag ist der Schlußstein zum Sachsenkonflikt gesetzt worden."

Abgeordneter Arzt auf der Landesversammlung der SPD. Sachsen (31. Januar 1926).

Sieben Wochen sind vergangen, seitdem auf dem Landesparteitag der SPD. der Arbeiterschaft eine Komödie vorgeführt wurde. Possenreißer und Komödianten haben mit bewundernswerter Gerissenheit die sozialdemokratischen Arbeiter irregeführt. Der Landesparteitag der SPD. sollte der Schlußstrich sein unter den sächsischen Konflikt. Mit diesen Worten wurde der Parteitag geschlossen. Noch unmittelbar nachher hat die sächsische sozialdemokratische Presse vor ihren Lesern den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die „Einigung" des Landesparteitages unumstößlich und der Ausgangspunkt einer neuen Aera innerhalb der Sozialdemokratie.

Bei der Beratung der sozialdemokratischen „Sprengelanträge" am 12. Februar im Landtag erklärten die Abgeordneten Menke und Arzt wiederum, daß die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag völlig einheitlich sei. Arzt sagte, daß hinter den Anträgen die gesamte sozialdemokratische Fraktion stehe und kamen außerdem, daß die drei Minister nur aus ganz bestimmten Gründen ihre Namen nicht unter die Anträge gesetzt hätten, daß sie aber **bei einer Abstimmung über diese Anträge dieselben ihre Zustimmung geben werden.** Der sozialdemokratische Abgeordnete Schwarz führte sodann in seinem Schlußwort nochmals aus, daß sich die Fraktion für die Landtagsauflösung noch in diesem Quartal ausgesprochen habe. Die Mitglieder der Fraktion hätten ihr „Ehrenwort" gegeben, für die Auflösung zu stimmen. Die sozialdemokratische Presse in Sachsen hat sich redlich bemüht, innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Illusion über die Konsolidierung der SPD. machgeschürt.

Wider besseres Wissen haben die linken sozialdemokratischen Führer in Sachsen ihre eigenen Anhänger irregeführt. Die linkssozialdemokratischen Führer haben ganz genau gewußt, daß die Rechten im Landtag nicht für die sozialdemokratischen Anträge stimmen und daß sie auch keinen Auflösungsantrag zustimmen werden. Aus Furcht vor der außerparlamentarischen Mobilisierung und Aktion haben die linken sozialdemokratischen Führer ihren Mitgliedern vorgetäuscht, daß der Konflikt mit den Rechten durch Vermittlung des Parteivorstandes parlamentarisch gelöst werden könnte.

Aus Furcht vor den **außerparlamentarischen** Konsequenzen ihres Kampfes gegen die Rechten haben die linken Führer im Lande ihre oberste Aufgabe darin gesehen, **das Zustandekommen der Einheitsfront zu verhindern.** Während der Durchführung des Volksbegehrens sind gerade die linken Führer überall herumgereist, um die sich anbahnende Einheitsfront in den Einheitskomitees zu zerschlagen. Was haben die linken Führer getan, um innerhalb der Gewerkschaften für die Erwerbslosenanträge Propaganda zu machen? Was haben sie getan, um den Bezirksausschuß Sachsen des ADGB. zu einer breiten Aktion für die sozialdemokratischen Erwerbslosenanträge zu zwingen? Der Bezirksausschuß Sachsen des ADGB. war offiziell auf dem Landesparteitag der SPD. vertreten und hat an allen Beschlüssen mitgewirkt. Er war also zur Teilnahme an der Durchführung der Beschlüsse verpflichtet. Die Sabotage der sozialdemokratischen Anträge fand aber gerade im Bezirksausschuß des ADGB. den festesten Rückhalt. Die linken Führer haben alle Vorstöße unserer Genossen in den Ortskartellen und Gewerkschaftsversammlungen Arm in Arm mit der rechten Gewerkschaftsbureaukratie bekämpft. Während sich alle die linken Führer im Landtag mit billigen Worten als die Vorkämpfer der Erwerbslosen und Notleidenden aufspielten, haben sie **außerhalb des Parlaments jeden Schritt der Arbeiter zur Durchführung entscheidender Maßnahmen im Interesse der Arbeiterschaft verhindert.** Die Rechten haben ihre gegenwärtige Position nur beziehen können infolge der politischen Feigheit und Schwäche der linken Führer. So ist **denn eingetroffen, was die Kommunisten** sofort nach Abschluß **der Landesparteitags-Komödie** vor den sozialdemokratischen Arbeitern offen ausgesprochen haben. Die Krise innerhalb der SPD. besteht weiter. Der Parteivorstand in Berlin ist **der stille Verbündete der Rechten.** Die linken Führer **haben sich für Wels und Kompagnie zu einem unerhörten Betrugsmanöver gegen die Arbeiterschaft** herbeigelassen.

Der Verlauf und Zusammenbruch des Agitationsmanövers, daß durch den Parteivorstand auf dem Landesparteitag eingeleitet wurde, beweist unwiderlegbar die Richtigkeit der kommunistischen Taktik. Es erweist sich jetzt ganz klar und deutlich, wie recht die Kommunisten hatten, als sie bereits im Januar die **ultimative Auflösung des** Landtages forderten. Die Taktik der Rechten lief doch nur darauf hinaus, Zeit zu gewinnen. Diesen Zeitgewinn haben ihnen die linken Führer durch die Ablehnung des kommunistischen Auflösungsantrages verschafft. Welche günstige Situation besteht, beweisen die Eintragungen zum Volksbegehren. Nach der vorläufigen Feststellung haben sich in Sachsen 1 542 359 Wähler eingezeichnet. Vergleicht man die Eintragungen beim Volksbegehren mit dem Resultat der letzten Landtagswahlen vom 5. November 1922, dann ergibt sich, **daß die Demokraten vollständig aufgesogen wurden.** Bei den letzten Landtagswahlen im Jahre 1922 erreichten Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen 1 327 111 Stimmen, d. h. 52,3 Prozent aller Stimmen. Auf Grund dieser Stimmenzahl setzte sich der Landtag aus 50 sozialdemokratischen und kommunistischen und 46 bürgerlichen Abgeordneten zusammen. Bei dem Volksbegehren zeichneten sich in den drei sächsischen Wahlkreisen 1 542 359 Wähler ein. Das sind 62 Prozent aller Stimmen, die bei der letzten Landtagswahl überhaupt abgegeben worden sind. Würde man diese Stimmenzahl umrechnen in die Abgeordnetenzahlen, so ergeben sich 58 kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete, denen nur 38 bürgerliche Parteivertreter gegenüberständen. Die 8 Mann starke demokratische Fraktion würde glatt verschwinden. Es fehlten somit den Kommunisten und Sozialdemokraten nur 6 Mandate an einer Zweidrittelmehrheit im Landtag. Natürlich kann man die Zahlen des Volksbegehrens nicht schematisch vergleichen mit den Ergebnissen der **letzten** Landtagswahl. Aber immerhin zeigt der Vergleich, welche außerordentlich günstige Situation die Arbeiterschaft bei Wahlen gegenwärtig hat.

Die linken sozialdemokratischen Führer haben nunmehr am 22. März d. J. einen selbständigen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht. Die Rechten haben bereits durch die bürgerliche Presse mitteilen lassen, daß sie gegen diesen Antrag stimmen werden. Die Rechten werden auch diesmal wieder die Koalitionsregierung retten und der Parteivorstand wird ihnen in geeigneter Weise dazu Hilfestellung geben. Der Auflösungsantrag der Linken ist nur eine erneute Demonstration für die Tatsache, **daß die Krise in der SPD. mit den bisherigen Mitteln und Methoden der linken sozialdemokratischen Führer nicht gelöst werden kann.**

Am Donnerstag, den 25. März d. J., stehen im Landtag die kommunistischen und sozialdemokratischen Erwerbslosenanträge zur letzten Entscheidung. Die Kommunisten werden in dieser Sitzung fordern, daß gleichzeitig der Auflösungsantrag der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit in Schlußberatung genommen wird. Der parlamentarischen Entscheidung muß jedoch die Arbeiterschaft ohne jede Illusion entgegensehen. Die Erwerbslosenanträge werden nach dem Verlauf der Ausschußberatungen abgelehnt werden. Daß es so weit kommen konnte, daran tragen die linken Führer einen wesentlichen Teil Schuld. Die Aufforderung der Kommunisten, sich am Reichserwerbslosentag zu beteiligen, die parlamentarischen Verstöße in der Erwerbslosenfrage mit Hilfe von Massenkundgebungen und Demonstrationen außerparlamentarisch zu unterstützen, haben die linken Führer überall mit einer Absage beantwortet. Sie haben es abgelehnt, einen wirklichen Kampf mit der Bourgeoisie und ihren 23 Lakaien im Landtag zu führen. Die linken Führer haben sich auch in dieser Frage auf parlamentarische Deklamationen beschränkt. Will die Arbeiterschaft auch nur einen Teil ihrer Forderungen gegenüber der Regierung und ihren Parteien durchsetzen, dann muß sie den stärksten Druck ausüben.

Die sozialdemokratischen Arbeiter stehen jetzt vor der schwerwiegenden Entscheidung darüber, ob sie die jahrelange Karussellfahrt ihrer Führer weiter mitmachen oder ob sie den endgültigen Schlußstrich ziehen sollen.

Die schweren Enttäuschungen der letzten Jahre, sowie **die neue Meuterei der Fraktionsmehrheit werden wohl jetzt**

Neuer Mietwucher!

95 Prozent Friedensmiete ab 1. April in Sicht

Der Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages beriet gestern das Mietzinssteuergesetz. Die erste Beratung des Gesetzes wurde nicht beendet. Bekanntlich läuft das alte Mietzinssteuergesetz am 31. März ab. Die Kommunisten führten im Rechtsausschuß einen heftigen Kampf dafür, daß die Heraufsetzung der Mieten verhindert, daß das Aufkommen aus der Mietzinssteuer, wenn solche erhoben, in vollem Umfang den Gemeinden zufließen und zum Wohnungsbau Verwendung finde.

Von den einzelnen Parteien wurden eine Menge Abänderungsanträge gestellt. Wir werden, sobald uns dieselben vorliegen, noch besonders dazu Stellung nehmen.

Bis gegen 6 Uhr abends waren 10 Paragraphen erledigt. Da das Gesetz nun bis zum Ablauf des alten Gesetzes nicht erledigt wird, da der Landtag am 25. März bis Mitte April in die Osterferien geht, erklärte der Finanzminister am Schluß der Sitzung, daß die sächsische Regierung nunmehr dazu übergehen werde, auf dem Verordnungswege ein Uebergangsgesetz zu erlassen. Es ist also mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß demnächst die neue Regelung der Mietzinssteuer auf diesem Wege oder die Notverordnung durch die Heldt-Regierung erfolgen wird.

Als der Genosse Renner in der Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages auf die Aeußerung des Finanzministers die Anfrage stellte, ob die Regierung in der zu erwartenden Notverordnung eine Erhöhung der Mieten vorzunehmen gedenke, verweigerte der Minister jede Auskunft.

Wie wir erfahren, will die Regierung die Mieten Anfang April auf 95 Prozent der Friedensmiete erhöhen.

Gegen diesen schändlichen Plan der sächsischen Koalitions-Regierung, gegen diesen Raubzug auf die Taschen der breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung Sachsens muß der schärfste Kampf organisiert werden. Diese Absicht der Heldt-Regierung, eine weitere stärkere Belastung durch fortgesetzten Mietwucher auf die Schultern der Werktätigen zu wälzen, muß durch den Protest aus den Betrieben und Gewerkschaften zuschanden werden. Dieser geplante Streich der sächsischen Regierung zeigt der Arbeiterschaft erneut, daß es höchste Zeit ist, mit dieser Regierung Schluß zu machen und die Auflösung des Landtages zu erzwingen.

Bisher 13,5 Millionen Einzeichnungen

Ein endgültiges Ergebnis des Volksbegehrens liegt noch nicht vor. Nach den amtlichen vorläufigen Zählungen aus 24 Wahlkreisen haben insgesamt 9 609 383 Wahlberechtigte von dem Rechte der Einzeichnung Gebrauch gemacht. 11 große Wahlkreise stehen noch aus. (Ostpreußen, Frankfurt a. d. Oder, Breslau, Magdeburg, Merseburg/Halle, Westfalen-Nord, Oberbayern-Schwaben, Niederbayern, Franken, Hamburg und Mecklenburg). In diesen Wahlkreisen wurden bei der ersten Präsidentenwahl am 29. März 1925 für die KPD. und SPD. zusammen 2 826 201 Stimmen abgegeben. Da sich unter den fehlenden Wahlkreisen noch außerordentlich wichtige Industriebezirke mit guter Wahlbeteiligung befinden, kann damit gerechnet werden, daß die Stimmenzahl der KPD. und der SPD. zur ersten Reichspräsidentenzahl um etwa 35 Prozent überschritten ist. Diese Umrechnung würde eine ungefähre Gesamtzahl von 13½ Millionen Eintragungen ergeben. Wie der sozialdemokratische Pressedienst gestern mitteilt, wird nach einer Schätzung des Reichswahlamtes sogar mit etwa 15 Millionen Einzeichnungen als wahrscheinlich gerechnet. Der vorsichtige „Vorwärts" schätzt gestern die Gesamtzahl der Eintragungen, wie oben angegeben, auf 13,5 Millionen. Mit Bestimmtheit ist jedoch anzunehmen, daß 14 Millionen Eintragungen erreicht werden. Dieser gewaltige Erfolg der Volksbewegung gegen die Monarchisten und Fürstenlakaien übertrifft selbst die kühnsten Erwartungen und berechtigt ohne weiteres zu der Annahme, daß der einzuleitende Volksentscheid durch eine weitere Steigerung der Beteiligung bei den Abstimmungen als gesichert angesehen werden kann.

Sozialdemokraten decken Luthers Bankrott-Politik

Bei der gestern im Reichstag erfolgten Abstimmung wurde der kommunistische Mißtrauensantrag, der gegen die ganze Reichsregierung gerichtet war, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Von den deutschnationalen Abgeordneten stimmten nur sehr wenige zögernd dafür. Der in letzter Minute eingebrachte deutschnationale Mißtrauensantrag gegen Luther und Stresemann wurde in namentlicher Abstimmung mit 259 Stimmen gegen 141 Stimmen abgelehnt. Mit ähnlichem Stimmenverhältnis wurde die allgemeine Billigungserklärung der Regierung angenommen. Auch bei dem folgenden kommunistischen Antrag auf Zurückziehung des Eintrittsgesuches in den Völkerbund stimmte der größte Teil der Deutschnationalen dagegen. Noch deutlicher kam die Tatsache der Scheinopposition der Deutschnationalen und die wahre Einheitsfront zwischen SPD. und Deutschnationalen zum Ausdruck, als das Gehalt des Reichskanzlers und das des Reichsaußenministers vom ganzen Hause mit alleiniger Ausnahme der Kommunisten bewilligt wurde. Nach dieser Einmütigkeit der SPD. mit der gesamten Bourgeoisie ist es weiter nicht verwunderlich, daß sie auch für den deutschnationalen Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift über die gegenwärtige Mandatsverwaltung der ehemaligen deutschen Kolonialgebiete stimmte, dagegen aber einen kommunistischen Antrag auf Beseitigung der Gesandtschaft des Deutschen Reiches beim Papste mit niederstimmen half.